
FDP Rödermark

HAUSHALTS-DESASTER: CDU FLÜCHTET SICH IN PLUMPE SCHULDZUWEISUNGEN

03.03.2026

FDP: Es braucht Verantwortung und ehrliche Aufarbeitung - keine Ausreden

Die Kommunalwahl steht an: Die CDU versucht in ihrer zurückliegenden Pressemitteilung, die Verantwortung für das von ihr selbst verursachte 100-Millionen-Euro-Haushaltschaos durchschaubar auf alle Fraktionen in Rödermark abzuwälzen. Die FDP weist diese dreiste und zugleich plumpe Schuldzuweisung mit aller Deutlichkeit zurück.

„Was wir hier aktuell vor der Kommunalwahl erleben müssen, ist nichts anderes als die organisierte politische Flucht vor der Verantwortung“, stellt Hans Gensert, Vorsitzender der FDP Rödermark, nüchtern fest. „Die CDU regiert seit über 15 Jahren mit AL/Die Grünen in Rödermark. Beide Parteien haben den städtischen Haushalt in dieser Zeit systematisch kaputtgewirtschaftet. Jetzt einen nicht genehmigungsfähigen Haushaltsplan mit über 100 Millionen Euro Defizit¹ bis 2029 vorzulegen ist keine Politik, sondern schlichte Realitätsverweigerung.“

Einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt, allein für 2026 klafft darin ein Loch in Höhe von

fast 14 Millionen Euro, vorzulegen ist an sich schon ein Armutszeugnis der regierenden schwarz-grünen Koalition. Aber: „Es ist die ureigene, und verfassungsmäßige Aufgabe der regierenden Mehrheit, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen“, betont FDP Fraktionsvorsitzender

Tobias Kruger. „Nicht die Opposition muss der regierenden Mehrheit aus der Patsche helfen. Unsere Aufgabe ist es, die regierende Mehrheit kritisch zu kontrollieren und praktische Alternativen aufzuzeigen – und genau das haben wir über Jahre

wieder und immer wieder gebetsmühlenartig getan - während CDU und AL/Die Grünen einfach blind und stoisch weitergemacht haben.“

CDU-Fraktionschef Michael Gensert behauptet nun allen Ernstes panisch, die FDP habe „immer mehr gefordert“ und sei „immer dabei“ gewesen. Die Realität sieht jedoch völlig anders aus: Badehaus/Sauna: „Die CDU wirft uns vor, wir hätten beim Badehaus mehr gefordert? Das ist eine bodenlose Frechheit“, so Hans Gensert. „Durch unser massives Einwirken konnten wir verhindern, dass im Badehaus eine Kita für viele Millionen Euro eingebaut wird – ein Projekt, das die laufenden Einnahmen aus der Sauna komplett vernichtet hätte. Wir haben hier Millionen für die Stadt gerettet. Und genau das wirft uns die CDU jetzt als ‚Mehrforderung‘ vor? Das ist nur noch eine peinliche Verdrehung der Tatsachen aus purer argumentativer Hilflosigkeit.“

Thema: (Spiel-)Park am Badehaus: Die FDP hat dieses Projekt von Anfang an stets kritisch

begleitet. „Wir sind heute der klaren Meinung: In der aktuellen Haushaltslage können wir uns den Park am Badehaus überhaupt nicht leisten“, stellt Gensert klar. „Aber die CDU hält

stur an Projekten fest, die vor vielen Jahren unter völlig anderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beschlossen wurden. Das ist keine Politik – das ist Starrsinn.“

Thema: Kunstrasenplätze: „Wir haben in der Sitzung glasklar gesagt: Förderanträge ja, aber

nur unter dem klaren Vorbehalt, dass das Geld im Ergebnis auch wirklich da ist“, erinnert Tobias Kruger. „Wir haben ausdrücklich gewarnt, dass diese Projekte in der jetzigen Zeit kaum finanzierbar sind und am Ende des Tages die Bürgerinnen und Bürger in Rödermark dafür aufkommen müssen. Aber die CDU hat wie immer nicht zugehört – und tut nun so, als

hätte sie davon rein gar nichts gewusst.“

Thema: Kinderbetreuung: Die FDP hat ein durchdachtes Konzept mit Anker-Kitas in den beiden großen Ortsteilen vorgelegt – ein verantwortungsvolles Alternativkonzept zur unkontrollierten Ausgabenspirale der schwarz-grünen Koalition.

Thema: Stadtumbauprojekte: „Die Stadtumbauprojekte wurden hauptsächlich durch unsere

Einwirkung reduziert“, betont Gensert. „Projekten, denen wir vor acht bis neun Jahren unter

völlig anderen (weltweiten) Rahmenbedingungen – zugestimmt haben, würden wir heute ganz klar nicht mehr zustimmen. Das nennt man verantwortungsvolle Politik. Aber die

CDU

kennt offenbar nur stures Weitermachen – komme, was wolle."

„Wir haben unsere Verantwortung als konstruktive Opposition über die letzten Jahre hinweg immer sehr ordentlich und arbeitsintensiv wahrgenommen", stellt Tobias Kruger fest. „Mit kritischen Anträgen, mit Warnungen, mit konkreten Sparvorschlägen. Alles nachlesbar, alles dokumentiert. Wir sind ganz sicherlich nicht perfekt, aber wir lassen uns auch nicht für das Versagen anderer (heißt: CDU und AL/Grüne) in Haftung nehmen."

Das Fazit

„Die Bürgerinnen und Bürger Rödermarks haben ein Recht darauf zu erfahren, wer für dieses wohl absehbare 100-Millionen-Euro-Desaster verantwortlich ist", so Hans Gensert abschließend. „Sie haben ein Recht auf eine Regierung, die ihre verfassungsmäßige Pflicht

erfüllt und einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegt – anstatt die Opposition für ihr eigenes Versagen verantwortlich zu machen. Und sie haben ein Recht auf kommunale Politiker, die ehrlich zu ihren Fehlern stehen, statt die Schuld kurz vor der Kommunalwahl dreist anderen in die Schuhe zu schieben."